



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Per Mail an
verordnungsrevisionen@bfe.admin.ch

Basel, 9. Dezember 2025

Regierungsratsbeschluss vom 9. Dezember 2025

Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamtes für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Juli 2026; Vernehmlassung; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 16. September 2025 haben Sie uns die Unterlagen zu Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamtes für Energie (BFE) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat stimmt den vorgeschlagenen Verordnungsänderungen zu mit Ausnahme der nachstehend ausgeführten Änderungsantrags zur Energieverordnung.

Energieverordnung (EnV)

Antrag:

Art. 4b und 4c sind so zu ergänzen, dass deutlich wird, dass für die Anrechnung sämtlicher ausländischer Herkunftsnachweise für erneuerbare Brenn- oder Treibstoffe ein IMTOS Vertrag¹ Voraussetzung ist, damit die Anrechnung im Treibhausgasinventar der Schweiz erfolgen kann.

Begründung

Weder in der Vorlage noch im Erläuterungsbericht wird auf die Grundvoraussetzung eines ITMOS-Vertrags verwiesen. Nur mit einem solchen Vertrag ist die Anrechnung von erneuerbarem ausländischem Brenn- oder Treibstoff im Treibhausgasinventar der Schweiz möglich und sind Doppelzählungen ausreichend ausgeschlossen. Ohne die Erwähnung dieses Sachverhaltes wird nicht deutlich, dass die Anrechnung nur mit einem Herkunftsnachweis nicht geltend gemacht werden darf.

¹ Vertrag zur Regelung von internationally transferred mitigation outcomes (ITMOs).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Amt für Umwelt und Energie, Harald Hikel, harald.hikel@bs.ch, Tel. 061 267 08 04, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin